

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Kontostellen: Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezüher  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung  
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 61

Sonnabend, den 13. März 1926

78. Jahrgang

**Pulsnitzer Bank**

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen  
**Bareinlagen**  
zu günstigen Sätzen

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten  
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

**Commerz- und Privat-Bank**

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

## Amthlicher Teil.

### Volksbegehren.

Die Eintragungslisten für das Volksbegehren „Enteignung der Fürstendörfer“  
liegen am

Sonntag, den 14. März 1926

nicht nur von vormittags 9—12 Uhr, sondern von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr  
zum Zwecke der Eintragung in der Ratskanzlei aus.

Rat der Stadt Pulsnitz, am 13. März 1926.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma G. Robert Steglich  
in Großröhrsdorf i. Sa. wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.  
Pulsnitz, den 12. März 1926. **Amtsgericht.**

haben im  
**Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!**

## Das Wichtigste

In den geistigen Abendstunden herrschte in Genf in allen  
fremden Lagern völlige Ratlosigkeit. Die Delegierten ent-  
wickeln eine fieberhafte Tätigkeit. Zahlreiche Besprechun-  
gen finden statt.

Am 10. März haben sich in Berlin in die Listen für das  
Volksbegehren 73 895 Personen eingetragen, so daß die  
Gesamtzahl der bisher in Berlin erfolgten Eintragungen  
633 121 beträgt.

Wie die Morgenblätter aus Triest melden, ist durch den  
Sturm ein Zug umgeworfen worden, wobei 31 Personen  
verletzt wurden.

Die Nachricht, daß die von Havas skizzierte Kompromiß-  
formel von den deutschen Delegierten abgelehnt worden  
ist, hat in Paris umso größere Bestürzung hervorgerufen,  
als nach den letzten Meldungen mit dem Einlenken Schwedens  
gerechnet wurde. Man beurteilt daher erneut die  
Situation äußerst pessimistisch.

## Die Hilfe der Reichsregierung für die Landwirtschaft.

Eine Rede des Reichsernährungsministers  
Dr. Haslinder.

⚡ Berlin. Der Haushaltsausschuß des  
Reichstages setzte die Etatsberatung beim Haushalt des  
Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fort.  
Der Berichterstatter, der Demokrat Dietrich-Baden,  
wies auf die schlechte Lage der Landwirtschaft hin, sie sei  
teilweise am Erliegen. Es sei unverständlich, warum man  
das Landwirtschaftsministerium aufgeben wolle. Der  
Sozialdemokrat Schmidt-Copenick erklärte, daß  
er seine Stellungnahme zu der Verschmelzung des Mini-  
steriums mit dem Reichswirtschaftsministerium davon ab-  
hängig mache, ob das Ministerium ernstlich etwas für die  
Landwirtschaft tue.

Reichsminister Dr. Haslinder betonte, die Haupt-  
schwierigkeit liege nicht in der Nahrungsmittelbeschaffung,  
sondern in der

### Krise der Landwirtschaft.

Letztere sei auf den Mangel an Betriebskapital und auf die  
Unverkäuflichkeit der hauptsächlichsten landwirtschaftlichen  
Warenprodukte, Kartoffeln und Roggen, zurückzuführen.  
Neben der Selbsthilfe der Landwirtschaft seien erhebliche  
Hilfen von Reich und Staat notwendig.

### Die Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung

würden nach drei Richtungen hin einsehen.

1. Die drückenden kurzfristigen Kredite müßten in lang-  
fristige umgestaltet werden.

2. Um die Absatz- und Rentabilitätsschwierigkeiten zu  
beheben, wies der Minister auf den von der Regierung ein-  
gebrachten Gesetzentwurf zur Sicherung der Getreidebewe-  
gung im Wirtschaftsjahr 1925/26, der die Regulierung der  
Roggenpreise bringen soll, hin.

## Immer noch kein Ergebnis in Genf

Die Besprechungen der Rheinpaktmächte ergebnislos abgebrochen — Am 1. Juli  
Friedensmiete — Mussolinis Absage an den Sozialismus — Die Hilfe der  
Reichsregierung für die Landwirtschaft — Briand am Ende seiner Kräfte —  
Die Gründe für Deutschlands Haltung

### Die Genfer Ereignisse drängen zur Entscheidung.

Unhaltbare Verwirrung. — Chamberlain und Briand  
vermitteln. — Die deutsche Delegation wartet und  
hält sich absehbereit.

⚡ Genf. Die Vertreter der Mächte, die in Locarno den  
Rheinlandpakt abgeschlossen haben, haben sich am Freitag vor-  
mittag wieder zu einer Besprechung vereinigt. Diese Ver-  
handlung bietet die letzte Möglichkeit, zu einer schnellen Er-  
ledigung der Krise im Völkerbund zu kommen, wobei aber  
Deutschland von vornherein seinen Standpunkt nur wieder-  
holen kann, daß es nichts tun wird, um den am Völkerbund  
beteiligten Mächten ihre Verantwortung zu erleichtern. Die  
deutsche Delegation wird sich durch nichts bestimmen lassen, eine Erklärung für oder gegen  
die Ansprüche von Staaten auf ständige oder nichtständige  
Ratsitze abzugeben, ehe nicht die Zusage der Aufnahme und  
der Ueberweisung eines ständigen Ratsitzes für Deutschland  
eingelöst ist.

Die erste öffentliche Sitzung des Völkerbundes,  
die unter großem Andrang von Delegierten, Sekretären und  
Journalisten stattfand, erledigte sechs Punkte der Tages-  
ordnung, ohne dabei etwas zu leisten, was die verfahrenere  
Situation in Genf klären könnte.

Auch eine vertrauliche inoffizielle Besprechung des Rates  
blieb völlig ergebnislos. Man hofft auf die Entscheidung von  
einem Tag auf den anderen.

### Chamberlain am Ende seiner Weisheit.

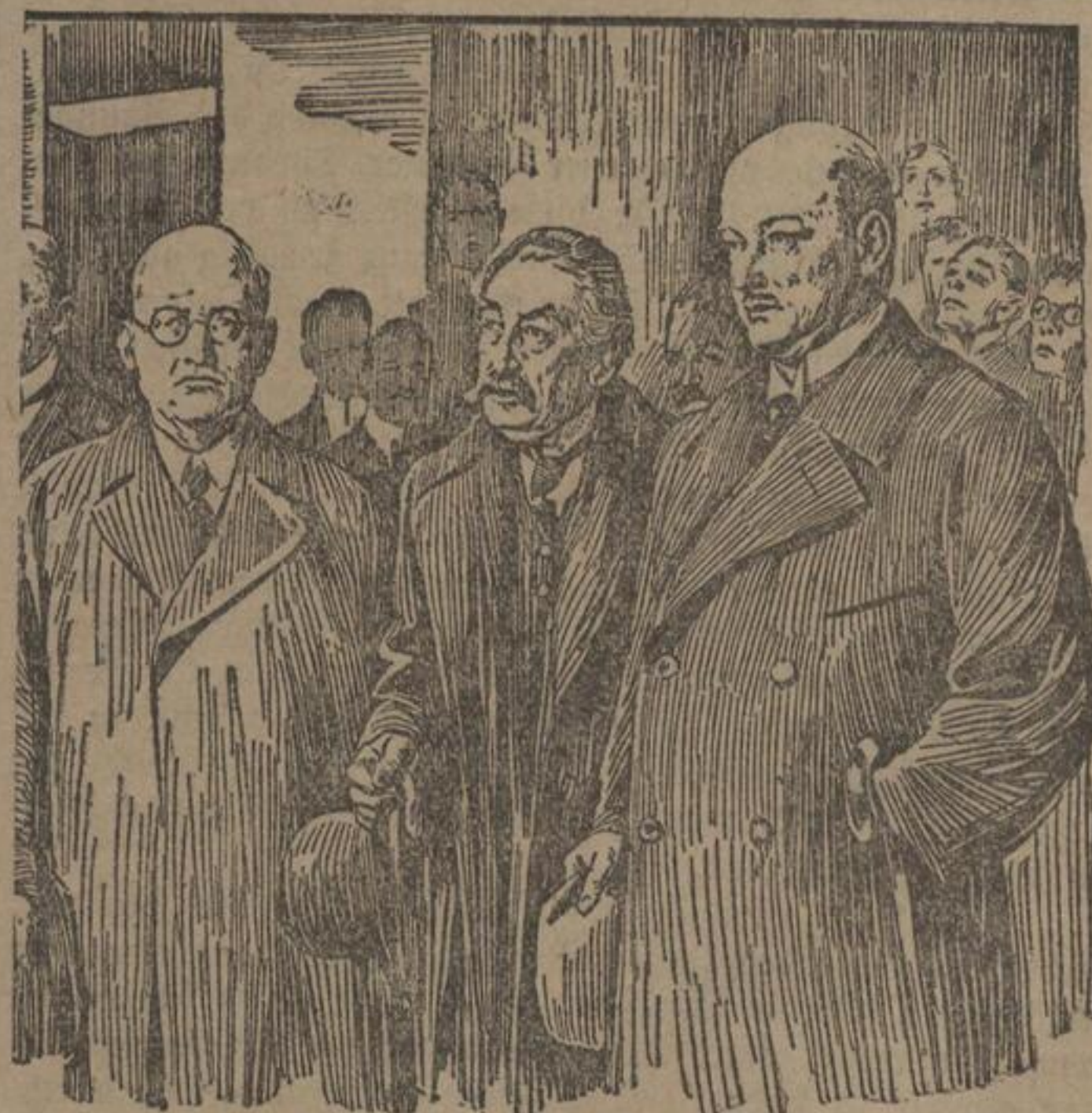
Chamberlain hat zugegeben, daß er am Ende seiner  
Weisheit sei und daß er keine Möglichkeit zur  
Einigung zwischen den Ratsmächten sehe. Die bei allen  
Delegationen für ernst genommene Wendung in der  
italienischen Politik ist nicht mehr so stark hervor-  
tretend. Auch Spanien tritt etwas in seinen Wünschen  
zurück.

Der Streit spielt sich hauptsächlich zwischen Brasilien und  
Schweden ab. Brasilien droht noch immer, die Deutschland  
gegebene Zusage zurückziehen zu müssen, wenn Schweden  
gegen einen Antrag sich wenden werde, mit dem Brasilien  
den ständigen Ratsitz fordert.

### Der Kampf Schweden—Polen.

Der schwedische Delegationschef Anden hat eine Erklärung  
abgegeben, die sich auf die Angriffe bezieht, die in der pol-  
nischen Presse gegen Schweden erschienen sind. In dieser

Erklärung betont der schwedische Außenminister noch einmal,  
daß Schweden nichts ferner läge, als eine Stellung gegen  
Polen einzunehmen. Schwedens Haltung sei die ganze  
Jahre, seit es Mitglied des Völkerbundes sei, gleich geblieben.  
Es halte die Zulassung von neuen Ratsitzen für durchaus  
schädlich für den Völkerbund und habe diese Stellungnahme  
von jeher verteidigt, und es kann gegenüber Polen keine  
Ausnahme machen.



Briand „inmitten“ der Deutschen.

Reichskanzler Dr. Luther, Briand und Dr. Strese-  
mann verlassen das Hotel „Beau Rivage“ nach einer Kon-  
ferenz mit Chamberlain.

### Die deutsche Delegation wenig interessiert.

Die deutsche Delegation hat schon durch eine Autofahrt  
des Reichskanzlers nach Trzeby ostentativ bewiesen, daß sie  
an den Verhandlungen recht wenig Interesse hat. Eine Be-  
sprechung des Reichskanzlers mit dem brasilianischen  
Delegierten Melio Franco und eine Verhandlung  
Luthers und Stresemanns mit Boncour und  
Loucheur hatte kein Ergebnis. Briand hat aus-

